

«Wir brauchen Kollektivunterkünfte»

Mathias Reynard (SP) blickt zurück auf eine kuriose Asyldebatte. Und er sagt, wie es nun weitergeht.

Interview: Armin Bregy

Mathias Reynard, der Kauf des Marienheims ist unter Dach und Fach. Die letzten Wochen waren geprägt von hitzigen Debatten und kuriosen politischen Plänkeleien. Nun wird in Brig ein Asylheim entstehen. Sind Sie erleichtert?

Es stimmt: Die Debatten waren emotional und engagiert. Doch das Signal des Parlaments ist klar. Wir brauchen in allen Regionen des Wallis Kollektivunterkünfte. Das Marienheim ist ein schönes und soziales Projekt. Wir werden nun mit der Briger Stadtgemeinde zusammenarbeiten, um es zu realisieren.

Im Gästehaus sollen insbesondere ukrainische Familien beherbergt werden. Wer noch?

In einem ersten Schritt vor allem Ukrainerinnen und Ukrainer. Es gibt aber auch Migration aus Afghanistan, der Türkei oder Syrien. Wir müssen auch diese Migranten unterstützen, das ist gesetzlich so vorgeschrieben. Daher suchen wir im gesamten Kanton nach Lösungen. Das Marienheim ist Teil dieser Lösung.

Es gibt aber auch Konfliktpotenzial, wenn junge ausländische Männer zusammen mit ukrainischen Familien im Stadtzentrum einquartiert werden.

Wir haben im Unterwallis in mehreren Gemeinden gute Erfahrungen mit solchen Asylzentren gemacht. Das wird auch im Oberwallis möglich sein. Es braucht aber gute Integrationsmodelle. Auch müssen wir uns die Frage stellen, was die Alternative wäre. Ein Kollektivzentrum auf dem Simplonpass oder auf einer abgelegenen Alpe, ohne Kontakt zur Bevölkerung? Für eine gelungene Integration braucht es diesen Kontakt. Und dieser ist im Gästehaus St. Ursula möglich.

Urs Juon hat den Staatsrat hart kritisiert. Er sagte, dass die Regierung die Gutmütigkeit der Schwestern ausge-



Der zuständige Staatsrat Mathias Reynard.

Bild: pomona.media/Daniel Berchtold

nutzt und schlecht kommuniziert habe. Was sagen Sie dazu?

Das Gesetz ist klar: Wir müssen die Gemeinde drei Monate vor der Eröffnung eines Kollektivzentrums informieren. Wir haben früh kommuniziert, bereits Ende November wurde der Stadtpräsident in Kenntnis des Vorhabens gesetzt. Es folgten weitere Kontakte. Wir waren also schneller, als das Gesetz es uns vorgibt. Der Prozess war gut. Aber das Thema wurde emotional diskutiert und zudem zieht bereits der Wahlkampf an, mit verschiedenen Attacken auf verschiedene Personen. Das ist nun vorbei. Wir konzentrieren uns auf das Projekt.

Mehrere Abgeordnete sagten, dass das Oberwallis übergangen wurde. Man habe kein Gehör für die Brigerinnen und Briger gehabt. Die Spannungen unter den beiden Regionen würden zunehmen. Das sehe ich anders. Wir haben bereits verschiedene Kollektivunterkünfte im Unterwallis eröffnet. Es gab kaum Diskussionen. Die Unterwalliser Fraktionen wollten einfach, dass die Verteilung der Flüchtlinge gerecht ist, es ging nicht um regionale Aspekte. Und das Walliser Parlament hat dem mit grosser Mehrheit zugestimmt.